

## „Mutlose Mogelpackung“

Straßenbeitragsgegner kämpfen weiter für landesweite Abschaffung

**Hersfeld-Rotenburg** – Die Gegner von Straßenbeiträgen wollen weiter für deren landesweite Abschaffung kämpfen. Bei einem Treffen von Initiativen aus drei Landkreisen in Rotenburg wurde zwar begrüßt, dass inzwischen einige Städte und Gemeinden die Straßenbeitragsatzungen abgeschafft haben – so zum Beispiel Bad Hersfeld, Nentershausen und Niederaula. Trotzdem hielten viele Kommunen an den Straßenbeiträgen fest, beklagen die Bürgerinitiativen (BI). Deswegen müsse der Kampf für eine landesweite Abschaffung weitergehen, heißt es in einer Mitteilung des Sprechers der Bürgerinitiativen Gerhard Deiseroth.

Der Erfahrungsaustausch und die Pressearbeit standen im Mittelpunkt des Treffens im Kreisjugendhof in Rotenburg, an dem Vorstände und Sprecher der Bürgerinitiativen gegen Straßenbeiträge aus dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg, dem Werra-Meißner-Kreis und dem Schwalm-Eder-Kreis sowie Vertreter der Arbeitsgemeinschaft „Straßenbeitragsfreies Hessen“ und des Verbands Wohneigentum Hessen teilnahmen. Die Organisation hatte Hans Wagner von der BI Rotenburg mit seinen Mitstreitern übernommen.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Andrea Müller-Nadjm von der BI Nentershausen. Beim Erfahrungsaus-



**Sie wollen weiterkämpfen:** Die BIs aus dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner-Kreis und Landkreis Kassel trafen sich in Rotenburg.

FOTO: GERARD DEISEROTH/HH

tausch ging es auch darum, wie die Abschaffung der Straßenbeitragsatzungen in weiteren Kommunen erreicht werden könne. Weitere Themen waren die Ratenzahlung in 20-Jahresmargen, die Klassifizierung der Straßen, deren Ausbaustandard sowie die Einführung beziehungsweise Umstellung auf wiederkehrende Straßenbeiträge.

Grundkonsens des Treffens war, dass an dem Ziel der hessenweiten Abschaffung der Straßenbeiträge festgehalten wird. Hierzu wurde die weitere strategische Vorgehensweise besprochen. „Schon heute zeigt sich, dass die Versprechungen der Landesregierung, die den Bürgerinitia-

tiven und den Städten und Gemeinden gegeben wurden, eine weitere Mogelpackung sind“, heißt es wörtlich in der Mitteilung.

Die vom Land Hessen genannten Zahlen für finanzielle Verbesserungen durch das Programm „Starke Heimat Hessen“ würden von immer mehr Städten und Gemeinden bestritten. So sei nicht eingerechnet, dass Ergebnisverbesserungen bei der Gewerbesteuer oder bei den Schlüsselzuweisungen zu etwa 55 bis 60 Prozent durch die Kreis- und Schulumlage aufgefressen werden.

Die Einrichtung eines „deutlichen Investitionstopfes“ für den Ortsstraßenbau

in Hessen und eine Verteilung nach einfachen nachvollziehbaren Kriterien bei gleichzeitiger landesweiter Abschaffung der Straßenbeiträge wäre eindeutig besser gewesen, meinen daher die Straßenbeitragsgegner. Entsprechende Vorschläge hätten ihre Initiativen längst unterbreitet.

„Die schwarz-grüne Hessische Landesregierung hatte leider nicht den Mut, diesen Schritt für alle Kommunen in Hessen einheitlich zu gehen. Die finanziellen Mittel wären allemal vorhanden gewesen, allein der Wille hierzu hat gefehlt“, bedauert BI-Sprecher Gerhard Deiseroth in der Mitteilung.

red/kai